



INFO-MAGAZIN

ZU DEN PROTESTEN GEGEN DAS BUNDESWEHRGELÖBNIS

DEMO 20. JULI

16h | BRANDENBURGER TOR



Inhalt

Warum das Gelöbnis bekämpft werden muss!
 Kleine Gelöbnisgeschichte 4

Mythos 20. Juli 1944. Massenmörder im Widerstand 6

Deutsche Kontinuität: Der Bendlerblock 7

Geschichtsrevisionismus von Rot/Grün 8

Militär und Männlichkeit. Die Existenz der Soldatin 10

Bundeswehr: Allzeit bereit
 Die neuen Verteidigungspolitischen Richtlinien 12

Friedensstifter Deutschland 14

Chronologie: Gelöbnisse in Berlin. 15

Ich bin nichts, ich kann nichts, gebt mir eine Uniform! 16

Fahnenfluch: Gesetzesänderungen bei der Wehrpflicht 18

Impressum

Mobilisierungs-Info zum Gelöbnix 2003: V.i.s.d.P. ist G. Löb, Nixstr. 7 in 12345 Byürlin. Die Artikel geben nur die Meinung der jeweiligen AutorInnen wieder. Die Veröffentlichung von Artikeln in anderen Publikationen ist erwünscht, Belegexemplare ebenfalls. **Fotos:** Alle Bildrechte liegen bei den jeweiligen FotografInnen. **VerteilerInnen:** Die VerteilerInnen sind nicht identisch mit den AutorInnen.



**Warum das Gelöbnis
bekämpft werden muss!
Kleine Gelöbnisgeschichte.**

Der Eid entstammt in seinen Ursprüngen dem germanischen Heidentum. Die Eidesformel wurde auf einen Gegenstand (z.B.: Schwert) geleistet. Erst durch die Berührung wurde der Zauber des Eides erzeugt und die Verbindung mit den übersinnlichen Eidmächten hergestellt. Der Brauch der Germanen ist heute noch mit dem Schwur auf die Waffe oder andere Gegenstände in vielen Armeen erhalten.

Erst in den Söldnerheeren der Neuzeit ergab sich eine Notwendigkeit der Eidleistung, sozusagen als Vertragsabschluß. Der Eid der Germanen und der Söldner ist also ein Ausgangspunkt der Gelöbnistradition in der Bundeswehr.

Bei den stehenden Heeren des Absolutismus wurden vor der Vereidigung die Kriegsartikel verlesen. Die Soldaten hatten sie einzuhalten und dem Herrscher Treue zu schwören. In der napoleonischen Zeit fand die Vereidigung auf den König oder Landesherren statt. Mit der Einführung der allgemeinen Wehrpflicht trat an die Stelle privatrechtlicher Abmachungen eine gesetzliche Untertanenpflicht. Spätere Bemühungen des liberalen Bürgertums, die Soldaten auf die Verfassung schwören zu lassen, scheiterten bis zum Ende des ersten Weltkrieges.

Die Verfassung der Weimarer Republik war die einzige, auf die ein deutscher Soldat je geschworen hat. Nach der Machtübernahme der Nazis wurde der Fahneid erneut geändert. Der Eid der Wehrmacht verpflichtete die Soldaten zum unbedingten Gehorsam gegenüber Adolf Hitler. Die wehrpflichtigen Soldaten gehorchten bis in den Tod und mordeten Millionen von Menschen.

Seitdem die Truppen kaserniert sind, hat man Soldaten – von wenigen Ausnahmen abgesehen – innerhalb von Kasernenhöfen vereidigt. Erst mit der öffentlichen Vereidigung der Reichswehr auf Adolf Hitler 1934 wurde diese Zurückhaltung aufgegeben und der Weg in die Öffentlichkeit beschritten. Nach Wiedereinführung der Wehrpflicht 1935 wurden Soldaten in großen Massen gemeinsam an einem Standort innerhalb und außerhalb militärischer Anlagen vereidigt. Angehörige und örtliche „Würdenträger“ wurden eingeladen.

Militärische Zeremonien in der Öffentlichkeit zu veranstalten, diente speziell bei den Nazis sowohl der Traditionsbildung als auch der militärischen Propaganda und damit der Vorbereitung des Angriffskrieges.

Wenn heute Bundeswehrgelöbnisse öffentlich durchgeführt werden, dann dienen sie einerseits dazu, nach Innen die Bindung in der Truppe zu stärken und nach Außen, um die Bevölkerung an das Militärische zu gewöhnen. Vorbild dafür kann nur die Wehrmacht sein. Wenn Politiker behaupten, es handle sich bei solchen Veranstaltungen um eine gute Tradition, beziehen sie sich damit auf die kriegsvorbereitende Propaganda der Nazis. Nur unter den Nazis wurden Soldaten so oft öffentlich vereidigt wie heutzutage.

Seit mehr als 13 Jahren bemüht sich Deutschland um eine neue Legitimation für die Bundeswehr. Anzeigenwerbung, Fernsehwerbespots, Auftritte in der Öffentlichkeit, die Besetzung historischer Daten mit Zeremonien u.v.m. gehören dazu. Diese Werbekampagne und die damit verbundene Strategie, die Bevölkerung ans Militär, ans Sterben und Töten zu gewöhnen, verschlingt hunderte Millionen an Steuergeldern. Der starke Staat in Uniform zeigt die eiserne Faust, frisch poliert; Dreck und Blut sind weggewischt. Wer behauptet, es sei normal, deutsche Soldaten in der Öffentlichkeit geloben zu lassen, sollte, bevor er den Mund aufreißt, die deutsche Geschichte betrachten. Wer behauptet, ein öffentliches Gelöbnis gehöre zur guten Tradition unserer Armee, muß sich fragen lassen, welche Tradition er meint und was am Militärischen denn überhaupt gut sein soll. Wer sich dann noch über die Anziehungskraft der Bundeswehr für Rechtsextreme und rechtsradikale Deutsche wundert,

hat das Wesen des Militärischen nicht kapiert, denn demokratische Gepflogenheiten sind das letzte, was das Befehls- und Gehorsamsprinzip verkräftet. Sie sind nichts weiter als ein mehr als fragwürdiges Ritual, daß der Kriegsführungsfähigkeit der „deutschen Nation“ Vorschub leistet. Also weg damit!

*Kontakt: www.kampagne.de oder
info@Kampagne.de
Kampagne gegen Wehrpflicht, Zwangsdienste und Militär, Kopenhagener Str. 71
10437 Berlin, fon: 030-4401300*

Bild: 1998 Gelöbnix-Demo



Als „Aufstand des Gewissens“ wird das Attentat vom 20. Juli gerne dargestellt, die Attentäter gelten als Vorbilder der Bundeswehr. Dass die Hitlergegner zu den großen Verbrechenskomplexen der Wehrmacht-kriegführung wie „Partisanenbekämpfung“, Ermordung der jüdischen Bevölkerung und gezieltes Verhungernlassen kräftig beigetragen haben, ist zwar mittlerweile historisch gesichert, wird aber lieber ausgeblendet.

Zum Beispiel einer der Helden der Bundeswehr, Henning von Tresckow: Er war nicht nur ein führender Kopf der Opposition, sondern im besetzten Weißrussland zuständig für die „Partisanenbekämpfung“. Hinter diesem Begriff verbarg sich die Ermordung Zehntausender ZivilistInnen. Von Tresckow war an mehreren Racheüberfällen einer SS-Brigade beteiligt, die, so der Wehrmachtbericht, „sämtliche Einwohner einiger Ortschaften einschließlich Frauen und Kinder erschossen“ hat. Vorschläge eines Untergebenen, in bestimmten Gebieten sollten alle „einzeln oder in kleinen Trupps herumgehenden Männer sofort erschossen oder gefangen genommen werden“, empfahl er zur „besonderen Beachtung“ anderen Armeeeinheiten weiter.

Oder General Carl-Heinrich von Stülpnagel: Am 20. Juli 1944 war er Militärbefehlshaber in Frankreich. Er beteiligte sich am Putschversuch und ließ SS- und Gestapoführer verhaften. Ein Massenmörder war er dennoch: Bereits 1941 ordnete er an, in Fällen von Partisanenaktionen „unverzüglich kollektive Gewaltmaßnahmen“ durchzuführen, sprich: Massaker an ZivilistInnen, und „in erster Linie jüdische und kommunistische Einwohner“ zu erschließen.

Oder Generaloberst Erich Hoepner: Er forderte seine Panzertruppe auf, vom „Willen zur erbarmungslosen Vernichtung“ geleitet „zur Abwehr des jüdischen Bolschewismus“ vorzugehen. Als „Strafaktion“ für einen Partisanenangriff meldete er: „...wenige Stunden später das in der Nähe liegende Dorf verbrannt und einige partisanenverdächtige Einwohner erschossen“.

Auch die völkerrechtswidrigen Erschießungen sowjetischer Kommissare („Kommissarbefehl“) wurden von den oppositionellen Offizieren anstandslos umgesetzt. Es können hier nicht alle Offiziere einzeln genannt werden. Diejenigen, die nicht an Verbrechen beteiligt waren, bilden eine kleine Minderheit.



Bild: Einigkeit in Volk und Militär im Dritten Reich.

Wobei immer mitgedacht werden muss, dass am Verbrechen, die planerischen Grundlagen und die Durchführung der deutschen Angriffskriege sicherzustellen, alle beteiligt waren, die im Juli 1944 noch in der Wehrmacht waren. Selbst der konservative Historiker Hans Mommsen, der um die „Ehre“ der Attentäter bemüht ist, fasst zusammen, „dass eine beträchtliche Anzahl derjenigen, die am 20. Juli 1944 aktiv mitgewirkt ... haben, zuvor am Rassenvernichtungskrieg teilgenommen, ihn jedenfalls streckenweise gebilligt und in einigen Fällen aktiv vorangetrieben haben.“

Motiv des Attentats war daher nicht das „Gewissen“, sondern die militärische Lage. Die Kapitulation sollte verhindert, einige „Erfolge“ Hitlers gerettet werden, wie etwa die Besetzung des Elsaß, des Sudetenlandes und der Anschluss Österreichs. General von Stauffenberg, der die Bombe legte, tat das nach eigenen Worten, damit „Deutschland im Spiel der Mächte noch einen einsetzbaren Machtfaktor darstelle und ... insbesondere die Wehrmacht in der Hand ihrer Führer ein verwendbares Instrument bleibe.“

Mensch kann das alles wissen, die Bundesregierung will es aber nicht wissen. Nachdem der „Mythos Wehrmacht“ durch die Ausstellung zu den Verbrechen der Wehrmacht gekippt ist, wird jetzt der „Mythos 20. Juli“ etabliert. Es ist Zeit, auch diesen zu kippen!

Mehr Infos: www.bamm.de/archiv/html/geloebnix.html

Kontakt: dfgk@bamm.de -->DFG-VK Berlin, Karl-Kunger-Str. 18, 12435 Berlin, Tel. 030-6107, 4411, Fax 030-610744 10

6 Mythos 20. Juli: Massenmörder im Widerstand

Deutsche Kontinuität: Der Bendlerblock

Autor >>> Ralf Siemens, Kampagne gegen Wehrpflicht, Zwangsdienst und Militär

Seit 1999 führt die Bundeswehr zu Ehren der „Männer des 20. Juli“ am Bendlerblock in Berlin-Tiergarten jährlich ein Gelöbnis durch. Diese deutschen Militärs verübten am 20. Juli 1944 ein Attentat auf Hitler. Es scheiterte. Attentäter und Mitverschwörer wurden verhaftet, viele von ihnen wurden hingerichtet.

Seit 1993 nutzt die Bundeswehr den Bendler-Block militärisch. Damit stelle sie sich, so die eigene Darstellung, in das Vermächtnis des militärischen Widerstandes gegen Hitler. Der Bendler-Block sei „vor allem mit dem deutschen Widerstand gegen die nationalsozialistische Herrschaft verbunden.“ Bis zum Zeitpunkt des Attentats auf Hitler allerdings haben namhafte Mitglieder der militärischen Opposition den Vernichtungskrieg der Wehrmacht aktiv mitgetragen. Weder lehnten sie die deutsche Expansionspolitik ab, noch waren sie Anhänger der Demokratie. Im Gegenteil, viele identifizierten sich nicht nur kurzzeitig mit der nationalsozialistischen und rassistischen Ideologie.

Tatsächlich symbolisiert der Bendlerblock vor allem Aufrüstung, Planung und Führung verbrecherischer Kriege. Im Rahmen der imperialistischen Politik des kaiserlichen Deutschlands wurde die Marine zur zweitgrößten Hochseeflotte der Welt ausgebaut. Mit ihr sollte im imperialistischen Konkurrenzkampf in Übersee ein „Platz an der Sonne“ militärisch erobert werden.

1914 bezog das Reichsmarineamt unter Admiral Tirpitz den Neubau. Tirpitz, der im 1. Weltkrieg den uneingeschränkten U-Boot-Krieg forderte, ist heute noch Namenspatron des Marinehafens der Bundeswehr in Kiel. Für die Nazis war er so wichtig, dass sie die Uferstraße am Berliner Landwehrkanal nach ihm benannten.

Nach dem 1. Weltkrieg zog das Reichswehrministerium ein. Die Namen Noske und von Seeckt sind untrennbar mit dem Bendlerblock verbunden. Der reaktionäre Sozialdemokrat und Reichswehrminister Noske organisierte die militärische Niederschlagung der Novemberrevolution 1918 und des Spartakusaufstandes im Januar 1919. Unter dem Chef der Heeresleitung, General von Seeckt, wurden hier ab 1925 unter höchster Geheimhaltung detaillierte Pläne ausgearbeitet, die Reichswehr entgegen dem Versailler Vertrag zu einer großen Kriegsmarine auszubauen. Dank dieser Vorbereitungen konnte Hitler die Wehrmacht binnen sechs Jahren zur stärksten Armee Europas machen.

Am 3. Februar 1933, bereits wenige Tage nach der Machtübernahme durch die Nazis, weihte Hitler die Generalität der Reichswehr im Bendlerblock in seine Planungen ein: „Ausrottung“ des Pazifismus, Todesstrafe für Landesverrat, Einführung der Wehrpflicht und vor allem „die Wiederherstellung der deutschen Macht“. Er ließ keinen Zweifel daran, wofür diese Macht eingesetzt werden sollte: zur „Eroberung neuen Lebensraumes im Osten und dessen rücksichtsloser Germanisierung.“ Kein General erhob sich, keiner dankte ab - im Gegenteil: Die verbrecherische Wehrmacht kämpfte als Teil der NS-Diktatur, vom Bendlerblock aus geführt durch das Oberkommando der Wehrmacht.

Nach 1990 wurde die strategische Ausrichtung der Bundeswehr von der Landesverteidigung hin zur Sicherung des „ungehinderten Zugangs zu Märkten und Rohstoffen in aller Welt“ verschoben. 150.000 Soldaten werden in wenigen Jahren Gewehr bei Fuß stehen, um weltweit „deutsche Interessen“ durchzusetzen. Diese Einsätze werden auch im Bendlerblock vorbereitet und entschieden. Damit schließt sich der Kreis. Nie wurde von diesem Haus aus Verteidigung geplant, immer nur Aggression, und wieder plant und führt das deutsche Militär Kriege, mit zunehmender Aggressivität. Der Gebäudekomplex des Bendlerblocks symbolisiert diese Kontinuität.

Bild: 1995 Besetzung des Kriegsministeriums





**Verfälschen, Revidieren,
Normalisieren...**
Rot-Grün und die Instrumentalisierung
der deutschen Geschichte

Deutschlands Normalisierung aus dem Geiste des 20. Juli 1944

Autor >>> Hark Machnik, AK Antimilitarismus der Naturfreundejugend Berlin

Im Krieg gegen Serbien vor vier Jahren gelang der rot-grünen Koalition innerhalb weniger Wochen, was die Regierung Kohl in sechzehn Jahren Regierungszeit nicht zu Stande gebracht hatte: Aus der mörderischen Geschichte Deutschlands eine außenpolitische, antifaschistische Handlungsverantwortung abzuleiten und damit die deutsche Vergangenheit gründlich zu entsorgen. Die deutsche Sehnsucht nach 1945, Auschwitz zu vergessen und endlich eine „normale“ Nation unter allen anderen zu werden, ging in Erfüllung.

Geschichtsrevisionismus und Krieg

Der günstige Anlass für die massive Geschichtsumdeutung des Jahres 1999 war der Krieg gegen Serbien, an dem sich das wiedervereinigte Deutschland beteiligte. Ausgerechnet die Republik Serbien, deutsches Angriffsziel im Ersten und Zweiten Weltkrieg, das nun wieder dran war. Die ehemaligen Wehrdienstverweigerer in der neuen deutschen Regierung konnten glaubhaft machen, dass Kriege nie schön seien, dass aber gerade eine rot-grüne Bundesregierung, die die deutsche Vergangenheit sehr ernst nehme, im Fall von Serbien zum Handeln gezwungen sei. Aus historischer Verantwortung, Außenminister Joschka Fischer formulierte das so: „Ich habe nicht nur gelernt ‚Nie wieder Krieg!‘, sondern auch ‚Nie wieder Auschwitz!‘“ – Und im Fall von Serbien hatte dann ‚Nie wieder Auschwitz‘, d.h. ein angebliches neues „Auschwitz“ militärisch verhindern helfen, für die rot-grüne Regierung Vorrang.

Aber die deutsche Vergangenheit konnte nur dann einen Krieg Deutschlands rechtfertigen, wenn die serbische Regierung zum absolut Bösen stilisiert wurde. Slobodan Milosevic musste zu Hitler werden und Verteidigungsminister Scharping präsentierte der deutschen Öffentlichkeit mit Tränen in den Augen serbische Konzentrationslager, nur um sich kurz darauf im Bundestag den Marschbefehl der Bundeswehr gen Belgrad unterschreiben zu lassen. Vor lauter historischer Verantwortung konnte man im Grunde gar nicht anders, als Belgrad zu bombardieren.

Kein Zufall also, dass das Jahr 1999 unter Verteidigungsminister Rudolf Scharping das erste öffentliche Gelöbnis am 20. Juli im Berliner Bendlerblock im Tiergarten brachte. Am Jahrestag des Attentats auf Adolf Hitler durch Offiziere der deutschen Wehrmacht um Graf Schenk von Stauffenberg wurde eine vermeintlich demokratische Tradition der Bundeswehr gestiftet. Nur so konnte eine positive Tradition der Bundeswehr begründet werden, schließlich seien die „Soldaten des 20. Juli (...) Staatsbürger in Uniform“ (Scharping) gewesen. Daher habe auch die Bundeswehr von ihrem geistigen „Gründungsvater“ Stauffenberg einen Auftrag erhalten. Nämlich überall dort mitzukämpfen, wo es gegen Hitler gehe. Wer der nächste Hitler allerdings sei, das bestimmt im Zweifelsfall die jeweilige deutsche Regierung. Die Nichtbeteiligung Deutschlands im Irakkrieg ist dazu kein Widerspruch; die deutsche Geschichte ist unter Rot-Grün zu einem Selbstbedienungsladen mutiert, aus dem Fischer & Co. entweder „Nie wieder Auschwitz!“ (Kosovo 1999) oder „Nie wieder Krieg!“ (Irak 2003) herausklauben – je nach dem, wie die Strategie der deutschen Außenpolitik gerade der Bevölkerung verkauft werden muss.

Angesichts immer unverblümter Reden von den „berechtigten eigenen Interessen“ Deutschlands, zuletzt in den Verteidigungspolitischen Richtlinien vom 21. Mai diesen Jahres, stellt sich allerdings die Frage, wie sehr das rot-grüne Deutschland im Jahr 2003 überhaupt noch auf windige, ideologische Begründungen wie die des 20. Juli 1944 oder die der Verantwortung „wegen Auschwitz“ angewiesen ist. Ist Deutschland mittlerweile nicht schon soweit normalisiert und wiedergutmacht, dass es geschichtsverfälschender Begründungen für den „deutschen Weg“ (Gerhard Schröder) in Zukunft nicht immer weniger bedarf?

Kontakt: info@naturfreunde-jugend.de, Fax: 030 - 8339157, Ringstr. 76/77, 12205 Berlin

Bild: Scharping bei deutschen Soldaten an der Front in Jugoslawien.



Militär und Männlichkeit

Die Existenz der Soldatin

Autor >>> *Geschlecht Ist Konstruiert (G.I.K)*

Den Debatten, die vor der Öffnung der Bundeswehr für Frauen seit dem 27. Oktober 2000 in der Bundeswehr und in der Öffentlichkeit geführt wurden, liegt eine durch das Militär gezogene symbolische und alltagsweltliche "Trennlinie" zwischen Frauen und Männern zugrunde. Gesellschaftlich politische Diskussionen verliefen und verlaufen durchweg mit ausgeprägten Geschlechtsstereotypen.

Im Mittelpunkt dieser Diskussionen der Öffnung der Bundeswehr für Frauen stand die binäre Natur der Geschlechter und der "Schutz" der Frauen vor den Gefahren des Krieges.

Frauen wird eine "natürliche" Friedfertigkeit untergeschoben und somit ihre Beteiligung an der Tötung von Menschen als widernatürlich erklärt. Gleichzeitig aber wird die Wehrhaftigkeit der Männer betont und die entstehende Ineffizienz beim Einsatz von Frauen als Soldatinnen. So würde der "männliche" Schutzzinstinkt gegenüber der Frau mit der militärischen Befehlslage in Kon-

flikt kommen. Die Konstruktion Mann als Krieger steht im Gegensatz zur sorgenden, hilfebedürftigen und emotionalen Frau an der Heimatfront. Die dieser Diskussion zugrunde liegende diskriminierende Ideologie geht davon aus, dass es sich bei "Mann" und "Frau" um zwei gegensätzliche Wesen handelt, die von Grund auf unterschiedlich, binär, sind.

Kurz gesagt setzt sich Geschlecht zum einen aus biologischen Merkmalen zusammen, also das Vorhandensein bestimmter Geschlechtsteile und zum anderen aus daraus abgeleiteten anerzogenen Verhaltensweisen, sozialen Eigenschaften, den so genannten Geschlechtsstereotypen (als männlich oder weiblich geltende Rollenbilder). Das bedeutet im Umkehrschluss, wird man mit nach herrschender Meinung als weiblich geltenden Geschlechtsteilen geboren, wird von der "Gesellschaft" daraus abgeleitet, dass man nun auch emotionaler und friedfertiger zu sein hat. Die bestehenden Unterschiede zwischen "Frauen" und "Männer" seien sie körperlich oder psychisch sind gesellschaftlich konstruiert.

Trotzdem dient das Vorhandensein von so genannten "weiblichen" und "männlichen" Eigenschaften immer noch als Legitimation für das Fortbestehen der Herrschaft der Männer über Frauen und als Vorwand für die Zuweisung geschlechtsspezifischer Arbeit. Aufgrund ihrer "naturgegebenen" Friedfertigkeit sollten Frauen deshalb bis vor kurzem auch keinen Dienst an der Waffe leisten dürfen.

Bild: Männer sind Soldaten und Frauen sind was anderes



Der Zugang zur Bundeswehr- ein Schritt zur Gleichberechtigung ?

Seit dem Urteil des Europäischen Gerichtshofes wurde nun ein größeres Tätigkeitsfeld für Frauen in der Bundeswehr eröffnet. Der vorher verbotene Dienst an der Waffe steht seit diesem Datum Frauen offen, die diesen freiwillig leisten wollen. Augenscheinlich könnte man meinen diese Neuregelung stelle einen Bruch in der traditionellen Rollen- und Gewaltenteilung von Frauen und Männern dar, gilt doch das Militär traditionell als eine Institution, in der gesamtgesellschaftlich bedeutsame Prozesse zur Bildung von "Männlichkeit" stattfinden.

Der genderpolitische Ansatz definiert das Militär als eine quantitativ und qualitativ männliche Institution und Agentur zur Herstellung des hierarchisch bestimmten Geschlechterdualismus. Im Verlauf der Herausbildung des Nationalstaates hat sich das Militär zu dem gesellschaftlichen Ort entwickelt, an dem mit Hilfe Machtpraktiken psychische und physische Merkmale männlicher Subjekte formiert werden und gesamtgesell-



Bild: „Flintenweiber“. Projektion männlicher Angstvorstellungen

schaftliche Konstruktionsprozesse von Männlichkeit stattfinden. Die Figur des Soldaten dient sowohl als Versinnbildlichung "männlicher" Eigenschaften wie Mut, Entschlossenheit, physische Fitness, Angriffslust und Kampfgeist wie auch als nationales Symbol. Diese "männlichen" Eigenschaften werden beim Militär mit Hilfe von disziplinierenden Maßnahmen und durch psychologische Kontrollmechanismen wie Unterwerfungs- und Angstpraktiken anzuerziehen versucht. Ein wichtiger Bestandteil der gängigen "Erziehungspraxis" in der Bundeswehr ist das betonte Abgrenzen von Weiblichkeit.

Die als "weiblich" assoziierten Eigenschaften und Verhaltensweisen wie Angst, Wärme, Zärtlichkeit, Emotionalität und auch Friedfertigkeit werden als schwächlich klassifiziert, als "nicht- männlich" und müssen deshalb kontrolliert und beherrscht werden. Der Ausschluss von Frauen bzw. der ihnen zugeschriebenen Eigenschaften, war und ist folglich grundlegend für die "männlich- militärische" Identitätsbildung. Als Belohnung dieser Unterwerfungspraktik bzw. Autoritätshörigkeit werden kameradschaftliche Gemeinschaftserlebnisse angeboten, außerdem ist man erst Mann wenn er bei der Bundeswehr war.

Fraglich ist, ob das Bild des "aktiven, kriegerischen Soldaten" und das klassische Bild der Frau als "passive, friedfertige Zivilistin" durch das Öffnen der Bundeswehr für Frauen destabliert wird.

Anzumerken ist zunächst, dass der Anteil der Frauen in den europäischen Streitkräften bei 5% liegt, was Militärstrategen als optimalen Prozentsatz bezeichnen. Der größte Teil dieser Soldatinnen gehört dem Sanitäts- und dem Militärmusikdienst an. Ein weiterer Bereich dieser 5% ist der Truppen- und Militärgeographische Informationsdienst, in dem Frauen tätig sind. Eine Ausnahme stellen die Frauen dar, die in den sog. Spezialeinheiten dienen. Der größte Teil der "Soldatinnen" konstruiert und reproduziert die Vorstellung von Geschlechtsdifferenzen allein durch ihr Tätigkeitsfeld. Soldatinnen, die im Sanitätsbereich verpflichtet sind, reproduzieren das mütterlich- heldenhafte Rollenbild, das die Eigenschaf-

ten wie Fürsorglichkeit, Aufopferungsgabe, Emotionalität und Wärme beinhaltet. Diese Festlegung und Assoziation von Harmlosigkeit, Friedlichkeit und Unschuld stehen dem klassischen Soldatenbild des "männlich" professionalisierten Kriegers konträr gegenüber.

In den Printmedien der Bundeswehr sind Soldatinnen auf zweierlei Arten wahrnehmbar. Zum einen funktionieren sie bei Ehrungen und Länderrepräsentationen als "reizvolles" Symbol der Freundschaft, Friedlichkeit und internationaler Zusammenarbeit. Zum anderen ist der verschwindend geringe Anteil der "soldatischen Kameradin" aus den Spezialeinheiten als geschlechtsneutral beschrieben.

Dieser Typus, der dem einer Karrierefrau ähnelt, konterkariert die normativen Erwartungen von Frauen, da sie sich dann durch als männlich geltende Eigenschaften definiert.

Folglich wird auch hier massiv die Konstruktion des bipolaren Geschlechtermodells erzwungen, indem die weibliche Identität von Soldatinnen negiert wird, die "Frauen" entsexualisiert bzw. unter Ausblendung jeglicher als "weiblich" eingestufte Merkmale geschlechtsneutral dargestellt werden. Soldatinnen im Sinne von kämpferischen, angriffslustigen und starken Wesen sind medial nicht wahrnehmbar und damit für die Gesellschaft auch nicht real.

Bleibt eine Gleichberechtigung übrig?

Sexistische Darstellungen von Soldatinnen, frauenverachtende soldatische Sprachkultur und die darin deutlich werdende Verweiblichungsangst, sowie die symbolische Objektivierung von Frauen durch die Benennung ganzer Waffensysteme mit Frauennamen und nicht zu vergessen der Einsatz von Vergewaltigung als kriegerische Foltermethode sind weiterhin aktuell. Das wird sich durch den gering wachsenden Frauenanteil mit Sicherheit auch nicht ändern. Frauen in der Bundeswehr forcieren also weder Auseinandersetzungen mit geschlechtsspezifischen Sozialisationsprozessen noch fällt das schöne Wort "Patriarchat". Eine Änderung oder gar Dekonstruktion von Geschlechtsrollenbildern ist nicht zu erwarten. Für die ferne Zukunft ist daher anzunehmen, dass vor dem Hintergrund einer Abstrahierung von Weiblichkeit bzw. Geschlechtlichkeit die professionalisierte und neutralisierte Wahrnehmung von Soldatinnen zunehmen wird. Dadurch entsteht eine maschinelle und geschlechtslose Funktionsbestimmung von Menschen in technokratischen Militärapparaten. So wird die symbolische Kontinuität von "Männlichkeit" als zentrales Ordnungskriterium des Werte- und Normensystems weiterhin aufrecht erhalten.

*Wir werden nicht als Frauen oder Männer geboren,
wir werden dazu gemacht!*

Kontakt: gik@comic.com



**Allzeit bereit: Die neuen
Verteidigungspolitischen
Richtlinien.**

Vor deutscher Verteidigung ist künftig niemand mehr sicher: Die neuen Verteidigungspolitischen Richtlinien, die Kriegsminister Peter Struck im Mai 2003 vorstellte, nehmen Abschied vom klassischen Auftrag der „Landesverteidigung“. Diese werde „auf absehbare Zeit“ nicht erforderlich sein, so Struck, schließlich gebe es niemanden, der deutsches oder Nato-Territorium bedrohe. Einheiten der Bundeswehr, die sich ausschließlich dieser Aufgabe widmen, sollen abgeschafft werden.

Was macht ein Verteidigungsminister, wenn das Land nicht verteidigt werden muss? Abrüsten etwa? Natürlich nicht. Zentral ist in den neuen Richtlinien der Begriff „Sicherheitsvorsorge“. Dabei könnte man schon mal an „präventive“ Kriege denken, wenn auch direkt davon nicht die Rede ist. Stattdessen wird der Begriff „Verteidigung“ nun anders definiert: „Unsere Sicherheit wird auch an anderer Stelle dieser Erde verteidigt“, erklärte der Minister, und überhaupt lasse sich „Verteidigung geographisch nicht mehr eingrenzen“. Vorwärtsverteidigung sozusagen, grenzenlos.

Der neue Auftrag wird mit den Stichworten „internationale Krisenbewältigung“ und Antiterrorkampf benannt. Die neuen Richtlinien holen nach, was seit den ersten Balkan-Einsätzen der Bundeswehr in den 90er Jahren Realität ist: Einsätze out of area. Es fehlt selbstverständlich nicht am Hinweis, dass dies stets „im Rahmen des Völkerrechts“ geschehen soll. Dass dieses, wie im Krieg gegen Jugoslawien, je nach aktuellen Bedürfnissen interpretiert und angepasst wird, steht nicht in den Richtlinien.

Wer den Neusprech des Militärbetriebs kennt, weiß, dass Krieg gemeint ist, wenn gebetsmühlenartig vom Schutz vor Terror, von „Sicherheit und Stabilität“ und von der „Lösung der vielfältigen regionalen Krisen und Konflikte“ die Rede ist. Alle Menschen sollen glücklich leben können und die Menschenrechte überall auf der Welt geschützt sein, und die Bundeswehr wird's richten.

Dass nicht nur Altruismus hinter dem Konzept steht, wird zumindest angedeutet, wenn im Abschnitt „Deutsche Sicherheit: Risiken und Chancen“ ein Hinweis auf die Abhängigkeit der deutschen Wirtschaft „von empfindlichen Transportwegen und –mitteln“ steht.

Was damit gemeint ist, ergibt ein Vergleich mit den bisherigen Richtlinien, in denen klipp und klar stand, Aufgabe der Bundeswehr sei die „Aufrechterhaltung des freien Welthandels und des ungehinderten Zugangs zu Märkten und Rohstoffen in aller Welt“. Diese Formulierung ließ das Papier wohl zu offensichtlich als imperialistisches Kriegszielprogramm erkennen, die reformfreudige rot-grüne Regierung will „in aller Welt“ nur verteidigen.

„Die Notwendigkeit für eine Teilnahme der Bundeswehr an multinationalen Operationen kann sich weltweit und mit geringem zeitlichen Vorlauf ergeben“, schwadroniert der Minister. Die Bundeswehrsoldaten allzeit bereit, zum großen Sprung anzusetzen. Seit 1945 hat keine deutsche Regierung gewagt, derart offen Krieg in alle Richtungen anzudrohen.

Hinter den Verteidigungspolitischen Richtlinien steht ein Beschaffungsprogramm, das in den nächsten zehn Jahren für neue Transportflugzeuge, Satellitenaufklärung, gepanzerte Transportfahrzeuge und alles, was man fürs Kriegführen in fernen Ländern braucht, zwischen 80 und 100 Milliarden Euro veranschlagt. Davon wird die Bundeswehr Abstriche hinnehmen müssen, aber die größeren Abstriche wird es bei Arbeitslosen, SozialhilfeempfängerInnen und RentnerInnen geben. Krieg nach außen, Krieg nach innen. Es wird Zeit, sich dagegen zur Wehr zu setzen.

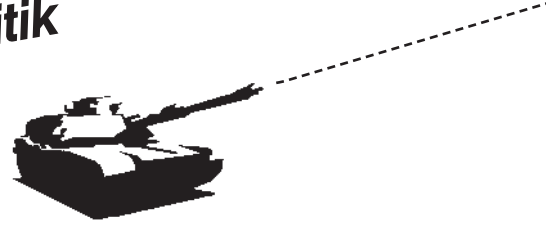
Bild: Bundesverteidigungsminister Struck und Kanzler Schröder beim Gelöbnis 2002





Friedensstifter Deutschland?

Die neue deutsche Außenpolitik sieht anders aus...



Autor >>> Andrea Wander, AK Antimilitarismus der Naturfreundejugend Berlin

Ganz Deutschland war sich einig: „Krieg ist keine Lösung“ war das Motto von 85 Prozent der Bevölkerung gegen einen Irak-Krieg. Die Bundesregierung und Bevölkerung fanden sich zur „Pazifistische Republik Deutschland“ zusammen.

Doch schon wenige Wochen nach der größten Friedensdemonstration seit zwanzig Jahren verkündet Verteidigungsminister Peter Struck, von der Öffentlichkeit fast unbemerkt, wohin die deutsche Reise wirklich geht. Im Mai 2003 präsentierte Struck die neuen verteidigungspolitischen Richtlinien. Damit soll die Neuorientierung der Bundeswehr von einer Verteidigungsarmee hin zu einer schlagkräftigen militärischen Eingreiftruppe festgeschrieben werden. All dies geschieht mehr oder weniger unbeachtet. Mit Friedensrhetorik und anti-amerikanischen Äußerungen konnte Rot-Grün nicht nur die Wahl gewinnen, sondern deutsche geostrategische Interessen legitimieren.

Der außenpolitische Diskurs in Deutschland drehte sich in den letzten Monaten vor allem um Krieg der USA gegen den Irak. Die Abgrenzung gegen die USA und die Mobilisierung anti-amerikanischer Ressentiments ist Teil einer Strategie.

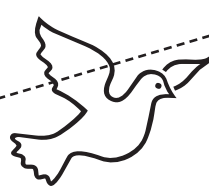
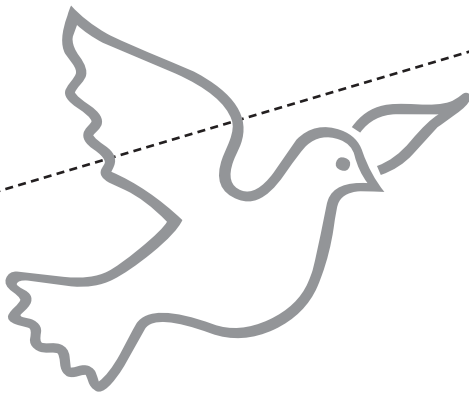
Bild: Für den Hunger an der Front. Verpflegungspaket deutscher Soldaten.

Deutschland wieder zu einer selbstbewussten und (militärisch) eigenständig handlungsfähigen Nation zu machen.

Die Motivation von Deutschland und Frankreich gegen eine us-amerikanische Intervention ist transparent: Man wollte mit den Regimen im Nahen und Mittleren Osten – inklusive dem Irak - stärker ins Geschäft kommen, um die US-Konkurrenz auszubooten. Mittlerweile ist Deutschland der größte Gläubiger des Iran, und deutsche Kapitalinvestitionen genießen dort höchste Priorität. Syrien wurde in den letzten Jahren zum vier wichtigsten Öllieferanten Deutschlands. Und noch im letzten Jahr, anlässlich der Handelsmesse in Bagdad, forderten die Spitzen der deutschen Industrie eine Aufhebung des UN-Embargos gegen den Irak. Diese Forderung traf sich mit den französischen Interessen, speziell mit der Hoffnung der französischen Firma Elf auf ein kommendes Irakgeschäft.

Der Versuch der Kerneuropäer, den arabischen Raum „friedlich“ zu durchdringen, ist gescheitert. Die USA haben die ökonomische und geostrategische Dominanz in der Region zurückgewonnen. Die europäische Konsequenz heißt, dass die ökonomische Strategie durch eine militärische Option, die vor allem durch die eigenständige EU-Armee realisiert werden soll, ergänzt werden muss. Die neuen verteidigungspolitischen Richtlinien haben für diesen Kurswechsel die Türen geöffnet. „Deutschland wird auch am Hindukusch verteidigt!“, verkündete bereits vor einiger Zeit Verteidigungsminister Struck.





Da sich die Bundesregierung jedoch bewusst ist, dass Deutschland allein keine siegreichen Kriege führen kann, wird Frankreich bzw. „Kerneuropa“ hinzugezogen. Gegenüber Frankreich sind die Rivalitäten weniger stark entwickelt als gegenüber den USA, und Europa ist ein geeignetes Vehikel zur Durchsetzung deutscher Interessen.

Wenn Bundesaußenminister Joseph Fischer als Konsequenz aus dem Irak-Krieg eine eigenständige europäische Außenpolitik und eine selbständige europäische Verteidigungspolitik fordert, dann geht es im Kern um ein „militärisches Gegengewicht zu Amerika“ (Tagesspiegel). An einer EU-Einsatztruppe wird fleißig gearbeitet. Den Rahmen bildet die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP). Gerade jüngst hat die europäische Armee eine konkrete Struktur angenommen. Ende April beschlossen Deutschland, Frankreich, Belgien und Luxemburg die Einrichtung eines eigenen Generalstabes. Ab 2004 operiert dieser Generalstab außerhalb der Nato-Struktur. Und damit das neue „Kerneuropa“ auch seine außenpolitischen Interessen mittels der EU verfolgen kann, wird Schritt für Schritt das Mehrheitsprinzip bei allen europäischen Gremien gefordert.



1996

Gelöbnis am Schloss Charlottenburg

- ★ Zwergengelöbnis
- ★ Große Demonstration, Durchbrechung der Polizeikette, Lautes Pfeifen von der anderen Straßenseite



1998

Gelöbnis vor dem Roten Rathaus

- ★ Schafsgelöbnis
- ★ Demonstration
- ★ Einzelne Proteste auf den Zuschauertribünen
- ★ Demonstration hinter 4m hohen Gitterwänden



Kaserne die Busse mit den Gelöbnisgästen blockiert

2001



Demonstration

- ★ Zwei AntimilitaristInnen geben sich als Scharpings Töchter aus und fahren mit einer gemieteten Limousine an allen Kontrollen vorbei bis an den Gelöbnis-Platz. Dort ketten sie sich an den Zaun und starten Alarmeier

2002



Mit der Aktion „Berlin macht sich fit für das Gelöbnis“ werden die Berliner auf dem Alexanderplatz fit für Bundeswehreinätze gemacht.

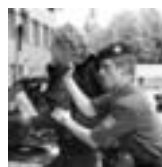
- ★ Demonstration

1999

Gelöbnis auf dem Parkplatz (Bendlerblock)

- ★ mit Sandsäcken und „Soldaten“ wird die Hardenbergstraße blockiert
- ★ Stauffenbergstraße wird in Ludwig-Quidde-Straße umbenannt
- ★ Demonstration
- ★ Knapp 30 Personen gelangen in den Innenbereich des Gelöbnisses und protestieren zum Teil nackt oder mit beschrifteten Regenschirmen gegen das Gelöbnis

2000



Demonstration
H Mit einem mobilen Wohnzimmer werden von 30 AntimilitaristInnen an der Julius Leber



**Ich bin nichts, ich kann nichts,
gebt mir eine Uniform!**

Obwohl sie massiv in die Grundrechte der Wehrpflichtigen einschneidet, wird auch in den neuen Verteidigungspolitischen Richtlinien (VPR) des Bundes "verteidigungs"ministeriums an der Wehrpflicht festgehalten. „Die Wehrpflicht bleibt in angepasster Form für die [...] Bundeswehr unabdingbar“, heißt es dort. Immer noch soll die männliche Jugend in ein System gezwungen werden, in dem Zwang, Hierarchie und Gehorsam regieren, mit dem einzigen Zweck, Menschen dazu abzurichten, sich gegenseitig umzubringen.

Doch darüber wollen die Wehrpflichtanhänger verständlicherweise nicht reden. Welche äußere Bedrohung die Bundesrepublik dazu zwingen soll, weiter an der Wehrpflicht festzuhalten, bleibt anscheinend auch den Strategen im Kriegsministerium unverständlich. Deshalb werden in den VPR sogar sachfremde Tätigkeiten wie „die eventuelle Unterstützung bei Naturkatastrophen“ und nicht näher spezifizierte „andere Gründe“ zur Legitimation der Wehrpflicht angeführt.

Deshalb wird oftmals ein anderes Argument vertreten: die Wehrpflicht würde so etwas wie eine Demokratisierung der Bundeswehr bewirken, schließlich würden sonst nur Neonazis und andere Autoritäre dorthin gehen. Tatsächlich lässt sich nicht bestreiten, dass das System von Befehl und Gehorsam, Feindbilddenken, starre Hierarchien und eine Ausbildung zum Töten gerade für diejenigen, die die Bundeswehr demokratisieren sollen, wenig attraktiv sind, noch dazu, wenn ihnen vorher erst mal viele ihrer verfassungsmäßigen Grundrechte aberkannt werden, so z. B. das der körperlichen Unversehrtheit und der Freiheit der Person. Aber auch sonst stimmt das Argument nicht, denn durch die Wehrpflicht wird ganz im Gegenteil die Gesellschaft militarisiert. So entpuppt sich die angebliche Demokratisierung als Propaganda. Denn Demokratisierung kann nicht die Zwangsverpflichtung der männlichen Bevölkerung in eine Organisation, die tatsächlich vor allem für Rechte attraktiv ist, bedeuten, sondern ihre Abschaffung.

Ein wichtiger Grund für das Festhalten an der Wehrpflicht ist, dass mit ihrer Abschaffung auch der Zivildienst wegfielen. Vor allem im sozialen und im Gesundheitsbereich würden Tausende billige Zwangsdienststellen durch reguläre Arbeitsplätze ersetzt werden müssen. In Zeiten von Massenerwerbslosigkeit spricht das jedoch eher für die Abschaffung der Zwangsdienste.

Außerdem: Grundrechte dürfen nicht eingeschränkt werden, nur um Lohnkosten zu sparen. Es kann nicht sein, dass der Staat zur Erfüllung wichtiger Aufgaben billige Zwangsverpflichtete statt vernünftig ausgebildeter Fachkräfte einsetzt.

Gegen die Abschaffung des Zivildienstes wird gerne auch angeführt, dass es ja nicht schaden könne, wenn die jungen Leute sich mal für das Gemeinwohl einsetzten. Nur wird dabei leider nicht erklärt, warum das unter Zwang passieren muss und warum man das nicht auch bei vernünftiger Bezahlung tun kann. Deshalb muss auch der Zivildienst als Teil der Wehrpflicht ersatzlos abgeschafft werden.

Die Debatte um die Abschaffung der Wehrpflicht darf nicht davon ablenken, dass die Bundeswehr schon lange zu einer schlagkräftigen Interventionsarmee umgebaut wird. Es muss deshalb auch all jenen Kräften entgegengetreten werden, die die Wehrpflicht einzig deshalb abschaffen wollen, weil sie die Modernisierung der Bundeswehr behindert. Die Bundeswehr soll noch viel stärker zu einem Instrument deutscher militärischer Großmachtspolitik aufgerüstet werden.

Selbst von kritischer Seite wird manchmal eingewandt, die Wehrpflicht würde die Bundeswehr hindern, überall in der Welt eingesetzt zu werden. Doch die Bundeswehr ist eine Freiwilligenarmee mit Wehrpflichtigenanhang. Der wichtigste Teil der Bundeswehr sind inzwischen die Einsatzkräfte, die durch die Wehrpflicht nicht etwa innerhalb der deutschen Grenzen gehalten werden, sondern im Gegenteil durch die Wehrpflicht nach dem Prinzip des Schnupperabos neue Freiwillige gewinnen. Global einsetzbar, in jedem „Krisengebiet“ zu Haus, immer bereit „deutsche Interessen“ zu vertreten, so präsentiert sich die Bundeswehr und deshalb muss sie weg.

Kontakt: www.jungdemokraten.de oder info@jungdemokraten.de
JungdemokratInnen/Junge Linke Berlin, Kopenhagener Straße 47
10437 Berlin, fon: 030-247 297 47

Bild: 1999 Störung des Gelöbnisses am Bendlerblock „Tucholsky hat Recht“



Fahnenfluch. An alle WehrpflichtgegnerInnen!

Autor >>> Christian Herz, Kampagne gegen Wehrpflicht,
Zwangsdienste und Militär

- ★ Totalverweigerung, Boykotte, Musterungsverweigerungen, Verzögerungsmaßnahmen, Prozesse und Ziviler Ungehorsam zeigen Wirkung
- ★ Wehrpflicht löst sich in Raten auf
- ★ Heranziehungsgrenzen abgesenkt
- ★ Bundesverteidigungsministerium verkündet umfangreiche administrative Wehrpflichtausnahmen. Bundesamt für den Zivildienst übernimmt Regelungen
- ★ Die neue Losung: Informieren, Verzögern, Boykottieren und Siegen

Jahrelang haben wir die Wehrpflicht und speziell die Wehrungerechtigkeit kritisiert und die Abschaffung der Wehrpflicht gefordert und trotzdem passierte nichts. In den letzten Jahren schlossen sich unserer Haltung sogar einflußreiche Rechtsprofessoren, Wehrrechtler und Militärs an und es passierte immer noch nichts. Selbst das Bundesverfassungsgericht hat uns noch letztes Jahr den verdienten Erfolg versagt. Aber jetzt ist es doch passiert. Unter der Last von vielen tausend Prozessen und explodierenden Kosten im Verwaltungsbereich, weil sich immer mehr unserer Verzögerungsstrategie angeschlossen haben, kapitulierten die Verantwortlichen und beschlossen die Teilauflösung der Wehrpflicht. Das Bundesverteidigungsministerium hat umfangreiche administrative Wehrpflichtausnahmen angekündigt, die auch von dem Bundesamt für den Zivildienst übernommen werden. Die Wehrbehörden reagieren damit auf den Wehrpflichtigenüberhang und die Kosteneinsparungsvorgaben. Insgesamt werden Hunderttausende über mehrere Jahre hinweg davon profitieren können, wenn die administrativen Regelungen unverändert bleiben werden. Die seit diesem Sommer angewandten neuen Regelungen sind jedoch nicht einklagbar, so lange sie nicht Gesetz geworden sind.

Ob sie Gesetz werden ist noch unklar, aber nicht unmöglich. Geplant ist die Gesetzesänderung für den Januar 2004. Alle Wehrpflichtigen sollten sich also weiterhin massiv wehren und den möglichen Erfolg sichern. Wer sich jetzt richtig informiert und richtig handelt, hat beste Chancen, die Wehrpflicht zu umgehen. Neue Regelungen bedeuten neue Risiken, aber auch neue Chancen, und die gilt es zu nutzen. Es gibt also keinen Grund mehr, sich nicht gegen die Wehrpflicht zu wehren, denn die Freiheit ist möglicher denn je. Es dient seit jeher nur der Dumme!

Allerdings besteht die große Gefahr, daß die Wehrpflichtigen sich jetzt in junge ziehbare und ältere freigestellte Wehrpflichtige spalten lassen und somit den Erfolg gefährden. Wehrpflicht geht uns alle an und deswegen sollten wir weiter gemeinsam kämpfen, bis sie komplett abgeschafft ist.

Die Änderungen im Detail:

- ★ Prinzipiell wird die erste Heranziehungsgrenze von derzeit 25 Jahre auf nunmehr 23 Jahre gesenkt. Wehrpflichtige, die den 23. Geburtstag überschritten haben und nicht zurückgestellt sind oder die Einberufung nicht „absichtlich“ verhindert haben, werden nicht mehr herangezogen.
- ★ Wer zurückgestellt wurde, kann bis zur zweiten Heranziehungsgrenze, dem 25. Geburtstag, herangezogen werden.
- ★ Die Heranziehungsgrenze für Katastrophenschützer, Entwicklungshelfer, Mediziner und Pharmazeuten ist noch ungeklärt.
- ★ Verheiratete werden bis auf eventuelle Ausnahmen künftig verschont.
- ★ Kann der Bedarf durch Wehrpflichtige der Tauglichkeitsstufen 1 und 2 gedeckt werden, so sollen die Wehrpflichtigen der restlichen Tauglichkeitsstufen nicht herangezogen werden.
- ★ Wer sich in einer Berufsausbildung befindet, wird zurückgestellt. Dies gilt sogar dann, wenn die Ausbildung noch nicht begonnen hat, aber der Ausbildungsvertrag unterschrieben ist (gilt nicht für ein Studium).

Die administrativen Ausnahmen sind umfangreich. Ob jemand noch gezogen werden kann oder nicht, läßt sich nur nach gründlicher Prüfung des Einzelfalles klären. Auf jeden Fall lohnt sich Widerstand jetzt noch mehr, denn die Chancen zu entkommen, haben sich verbessert. Besonders gute Chancen ergeben sich bei frühzeitiger Information und den richtigen Maßnahmen.

Fazit: Junge und alte Wehrpflichtige sollten jetzt gemeinsam gegen die Wehrpflicht vorgehen, dann wird sie nicht mehr lange existieren!

Mehr Infos: www.kampagne.de

**„Muss denn Kaliningrad
immer ein Bestandteil
Russlands bleiben?
Ich will jetzt gar nicht
an Alaska erinnern...“**

ein österreichischer Sozialdemokrat
auf einem offiziellen Treffen von
Europäischem Parlament und Europarat.

(Alaska wurde Russland
von den USA abgekauft)



„Wir schaffen es – ohne Waffen-SS“
(Vorschlag von Wolfgang Neuss für den SPD-Wahlkampf 1965)

**Informationen zu deutschem Revisionismus
bei den EU-Beitrittsverhandlungen:**

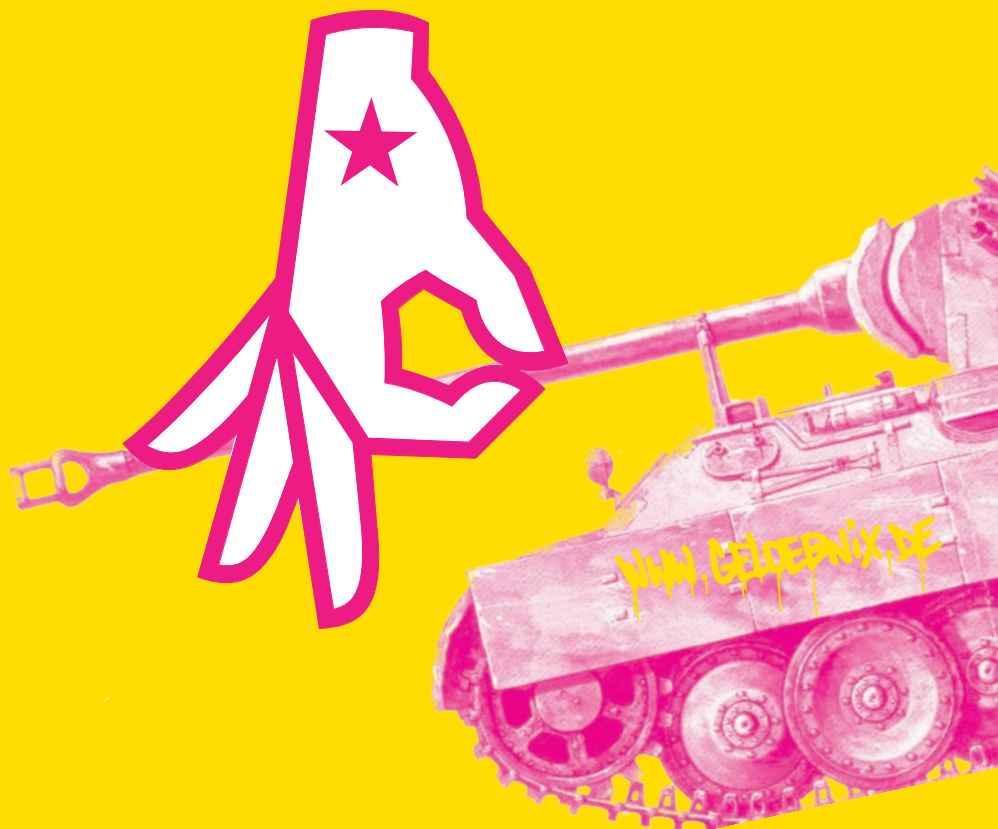
www.ilka.org/material/denkpause/17/osterweiterung.html



ilka schröder mdep



Vereinigte Europäische Linke/Nordische Grüne Linke
Parlamentarische Fraktion EUROPÄISCHES PARLAMENT



DATES::

18. 7. PODIUMSDISKUSSION

«DEUTSCHE HELDEN? DER 20. JULI IN OST UND WEST».
MIT WOLFRAM WETTE UND KURT PÄTZOLD.
19 UHR, HAUS DER DEMOKRATIE, GREIFSWALDER STR. 4

19. 7. SEMINAR

«MYTHOS WEHRMACHT: VOM OKW ZU ANTON SCHMIDT»
MIT W. WETTE UND J. KLOTZ.
11-15 UHR, HAUS DER DEMOKRATIE
DA TEILNAHMEBSCHRÄNKUNG, UNTER 030 61074411 ANMELDEN.

19. 7. PODIUMSDISKUSSION

«DIE HELDEN FEIERN, WIE SIE FALLEN. DIE FUNKTION DES 20. JULI»
MIT JUTTA DITFURTH UND WOLFGANG WIPPERMANN.
19 UHR, STATTHAUS BÖCKLERPARK, PRINZENSTR.1, U PRINZENSTR.

19. 7. PARTY

AB 21 UHR IM STATTHAUS BÖCKLERPARK, PRINZENSTR.1, U PRINZENSTR.